

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 9. März 1916.

Buchdruckgewerbe und Papierindustrie.

Was schreibt uns:

Die Papierindustrie hat seit Ausbruch des Krieges unter der Ungunst der Verhältnisse ganz besonders zu leiden. Insbesondere trifft dies neuerdings auf diejenigen Fabriken zu, die vorwiegend Schreibpapiere herstellen, denn es herrscht ein empfindlicher Mangel an Rohle, Schwefelsäure und Gazeleim, ohne den kein schreibfähiges Papier hergestellt werden kann. Als Ersatz für Gazeleim, der vorwiegend vom Ausland bezogen wurde, müssen Ersatzmittel verwendet werden, die aber, obwohl sie sehr teuer sind, nicht immer den Anforderungen entsprechen. Außerdem wird der Mangel aller Rohstoffe und Zusatzstoffe immer fühlbarer. Die Behörde hat die Vorräte an Stroh (zur Herstellung von Strohzeilen), Schwefelsäure und Chloralkali usw. beschlagnahmt und nur ganz geringe Mengen (Stroh überhaupt nicht) freigegeben. Aber auch die anderen Rohstoffe, die keiner Beschlagnahme unterliegen, insbesondere Holz zur Bereitung von Holzstoff und Zellulose, sind kaum mehr zu beschaffen und müssen daher dort, wo sie noch zu haben sind, mit ungewöhnlich hohen Preisen bezahlt werden. Die Folge davon ist, daß die Preise aller Papiere von Woche zu Woche erheblich steigen. Naturgemäß wirken diese Preissteigerungen auch auf die Berechnungen der Druckereien dementsprechend ein.

Die Regierung hat schon vor längerer Zeit versucht, den Fabriken wenigstens insoweit entgegenzukommen, als sie die einzelnen Behörden und Kommissarien, bei Prüfung und Verarbeitung einzelner Papiere die größte Milde walten zu lassen. So sollten z. B. Frachtbriefe und Briefumschläge, sowie solche Papiere, die nicht für längere Zeit aufbewahrt werden müssen, keiner Veranlassung unterliegen, wenn sie den Anforderungen in Bezug auf Schreibfähigkeit nicht ganz entsprechen.

Neuerdings sollen nunmehr die vorhandenen Vorräte gestreckt werden, ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck bzw. auf die Schreibfähigkeit der Schreibpapiere. Man wird also in der nächsten Zeit mehr als bisher Schreibpapiere erhalten, das den Anforderungen, die man an ein solches Papier zu stellen gewohnt war, nicht mehr genügen wird. Wir halten es daher für richtig, die Frachtbriefe schon heute auf diesen Umstand hinzuweisen, damit in geeigneten Fällen die Abnehmer auf diese Verfügung der Behörde aufmerksam gemacht werden können, um späteren Beschwerden, die weder von den Druckereien noch von den Fabriken als berechtigt anerkannt werden könnten, vorzubeugen.

Die Ansprüche der Verbraucher müssen in Zukunft ganz bedeutend herabgesetzt werden, weil es den Fabriken nur dann möglich ist, ihren Betrieb weiterzuführen.

Residenz-Theater. Auf das morgen Freitag und Samstag stattfindende Gesamtspiel der Dresdener Künstler Herr und Frau Rens vom Kgl. Hoftheater und Herr Dittmer vom Zentraltheater, für welches sich lebhaftes Interesse kundgibt, wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht mit dem Bemerkung, daß die Vorstellungen um 7 Uhr beginnen. Am Sonntagabend geht als Neubesetzung zum erstenmal „Die Liebesinsel“, Lustspiel von August Neibohrt in Szene. Sonntag nachmittag wird Erich Oesterfelds sentimentale Komödie „Die einsamen Brüder“ zu halben Preisen gegeben.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Erbenheim, 9. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Samstag den 11. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im alten Schulgebäude die Ergänzungswahl der Gemeindevertretung statt. Es scheiden aus in der ersten Abteilung die Herren Rentner H. Fischer und Landwirt H. H. Werten. In der zweiten Landwirt Peter Koch und in der dritten der Sattlermeister Erasmus Koch und der Lagerhalter H. Schäfer. Außerdem ist in der dritten Abteilung eine Ersatzwahl für den verstorbenen Gemeindevertreter Wilhelm Stantenberger für die Jahre 1916 bis 1919 vorzunehmen.

Dobheim, 9. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Sonntag den 12. März finden die Ergänzungswahlen für die Gemeindevertretung statt. Es scheiden diesmal folgende Vertreter aus: in der 1. Abteilung: Dachdeckermeister Friedrich Bonhaus und Zimmermeister Karl Wilb. Birk; in der 2. Abteilung: Landwirt Karl Friedrich Nicolai und Wäldermeister Georg Gouff; und in der 3. Abteilung: Kesselschmied Paul Runke und Maurer Karl Ehni.

Dobheim, 8. März. (Gemeindevertreterwahl.) In Anbetracht der hohen Lohnpreise sollen in diesem Sommer 500 bis 600 Zentner Lohrwinde geschält werden. Der Forstverwaltung wird die Aufforstung des Schelmgraben vorgeschlagen. Herr Baron von Krauskopf hat die Forderung von ihm bestrittene Unterhaltung des Bismarckweges Chausseehaus-Georgenborn gekündigt. Infolgedessen hat die Gemeinde für das in die hiesige Gemarkung fallende Stück in der Länge von 550 Metern vom 1. April an selbst aufzukommen. Es schweben aber noch Verhandlungen mit dem Bezirksverband um Übernahme der ganzen Straßenunterhaltung auf dessen Kosten. Für die Unterhaltung der Bismarckweg im kommenden Rechnungsjahre sind 2600 Mark vorgesehen, was genehmigt wird. Für das verfallende Ortsgerichtsmittglied Wilhelm Wintermeyer II. wird Friedrich Göhler und als dessen Stellvertreter Wilhelm Wintermeyer I. gewählt. Die durch den Tod des Gemeindefreiherrn Müller erledigte Sekretärstelle soll neu besetzt werden, da eine Hinausschiebung der Besetzung bis nach dem Kriege wegen der starken Arbeitsanhäufung nicht möglich ist. Die Wahl hat durch den Gemeindevorstand zu erfolgen. Die Vertretung bewilligt die Anrechnung einiger Dienstjahre auf das Beförderungsdienstalter der Bewerber. Mit 31. März läuft die dreijährige Veranlagung zur Grundsteuer ab und es hätte deshalb eine neue Veranlagung zu erfolgen. Wegen Mangels an Arbeitskräften und weil eine Neuberechnung zurzeit wenig Wert hat, wird beschlossen, die bisher gültigen Veranlagungssätze bis 31. März 1918 bestehen zu lassen.

Schierstein, 8. März. Die geistliche Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Haushaltsausblick für 1916/17. Er baut sich hauptsächlich auf den

vorjährigen Sätzen auf. So sind für März 1000 Mark weniger, dagegen für Mehrerlöse aus Holzverkauf, besonders für Lohr, 5000 Mark und aus Einnahmen aus dem Strandbad 3000 Mark eingestellt. Beim Titel „Schule“ erhöht sich der Staatszuschuß um 200 Mark. Der Steuerausfall dagegen beträgt voraussichtlich 18 000 Mark. In Ausgabe erhöht sich der Titel „Kriegsausgaben“ um 788 Mark, ebenso Titel Holzverkaufskosten um 1800 Mark. Die Ausgaben für die Schule ermäßigen sich um 120 Mark, die für die Befolgung der Gemeindevorstände um einen geringen Betrag. Die Vergütung der Gemeindevorstände erhöht sich um 1708 Mark. Die Gemeindevorstände betragen 236 347,31 Mark, die Gesamtausgaben 235 964,63 Mark, so daß eine Überschuldung von 382,68 Mark verbleibt. Gemeindevorstand Dr. Böhmerlin erklärte als Kommissionsmitglied noch einige Positionen des aufgestellten Haushalts und empfahl die Annahme. Genosse Schäfer forderte eine Erhöhung der Gemeinde- und Kreisunterstützung für Kriegsfamilien. Nach eingehender Begründung und an Hand einer von ihm entworfenen Statistik erklärte die Gemeindeverwaltung die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssätze an und beauftragte Genossen Schäfer, der nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Vor allem sollen die Ungleichheiten bei Bezug von Kreisunterstützung beseitigt werden. Sodann forderte Genosse Schäfer energisches Arbeiten in der Lebensmittelversorgung. Beim Versorgungsverband des Kreises müsse die Lieferung von Kartoffeln, Süßkartoffeln, Reis, Butter usw. beantragt werden. Beigeordneter Lang bestätigte, daß eine große Kartoffelnot am Orte herrsche und daß täglich Leute zum Markte kämen, die Kartoffeln verlangten. Nach seiner Ansicht sei der Versorgungsverband nicht das, was er eigentlich sein müsse. Der Versorgungsverband sollte die Waren an einige Großhändler verteilen, die sie dann wiederum ihrer Kundschaft, den Kleinhandlern, zugute zu lassen. Das wäre allerdings eine sehr leichtfertige Art der Verteilung. Auch Gemeindevertreter Frey Heinz machte als Mitglied der Kommission bei der Kartoffelbeschlagnahme die Wahrnehmung, daß allein in der Kartoffelstraße neun Familien keine Kartoffeln im Haus hätten, und betonte, daß von der Gemeindeverwaltung hier mehr getrieben müsse. Empfohlen wurde die eventuelle Beschlagnahme eines gewissen Quantum Kartoffeln bei den hiesigen Produzenten. Die Steuerzuschüsse wurden in der festgesetzten Höhe mit 170 Prozent Einkommensteuer, 200 Prozent Grund- und Gebäudesteuer und 100 Prozent Betriebssteuer genehmigt. Die von einer Kommission gestellten Verträge zwischen der Gemeinde und Dr. C. Peters betreffs Errichtung eines Anstaltsgeländes vom Hofen an die Staatsbahn (Hofenbahnprojekt) wurden auf weitere drei Jahre verlängert, da der Bahnbau durch den Krieg verzögert wurde. Ebenso wurde im Prinzip beschlossen, daß sich die Gemeinde an dem Bahnbau finanziell beteilige. Die Höhe der Beteiligungssumme soll nach Entscheidung der Höhe der Baukosten in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Aus den umliegenden Kreisen.

Krieg und Lebensmittelversorgung.

Die Lebensmittelversorgung hat angefangen der Vorgänge der letzten Wochen die Spannung der Bevölkerung gewaltig gesteigert. Sie bildet darum das Hauptthema der gestrigen Sitzung der Hanauer Ratstagskommission und der Preisprüfungsstelle. Die verkehrte Schicksalspolitik der Regierung in Bezug auf die Kartoffelversorgung rückt sich auch jetzt für die Hanauer Bevölkerung außerordentlich. An Stelle der sofortigen Beschlagnahme sämtlicher Kartoffelbestände nach der vorjährigen Ernte und Festsetzung eines angemessenen Preises hat man im Interesse der Kurier die Dinge laufen lassen. Jetzt besteht angeblich eine Kartoffelnot, und man sieht als Abgabe an die Bevölkerung pro Kopf und Tag 1 Pfund Kartoffeln fest. Ein so geringes Quantum soll zum Stoffen genügen! Es ist ganz ausgeschlossen, daß im freien Handel noch Kartoffeln zu bekommen sind. Das sind sehr ernste Zeiten. Darüber täuschen auch alle Beruhigungsmittel nicht hinweg. Mit dem 15. März erhalten die Landwirte pro Hektar 0,60 Mark, und die Konsumenten dürfen 1,60 Mark bezahlen. Diese Preise erhöhen sich monatlich um 25 Pfennig bis zur nächsten Kartoffelernte. Es ist geradezu schamlos, was auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung von der herrschenden Klasse gesündigt worden ist. Es wird noch soweit kommen, daß die Städteverwaltungen im Ausland Kartoffeln aufkaufen müssen, um den heimischen Bedarf zu decken. Wir haben's wirklich herzlich weid gemacht. Auch mit den Kartoffeln läßt man schon wieder an Anlauf zu treiben. Das Kornhaus in Hanau bietet Saatkartoffeln zum Preise von 11,50 Mark pro Zentner an, der Verkaufspreis soll 5,50 Mark betragen. Das ist eine geradezu ungeheuerliche Ueberforderung. Sogar der Behörden müßte es sein, hier sofort eingzugreifen. Ueberhaupt wäre es Pflicht der maßgebenden Kreise, schleunigst einen angemessenen Preis für Saatkartoffeln festzusetzen, um auch hier Preissteigerungen vorzubeugen. Jetzt sieht, daß die Hanauer Bevölkerung in Bezug auf die Kartoffelversorgung noch schlimmeren Zeiten wie bisher entgegensteht.

Kahlschlacht liegt es im Gemütschandel. Die Hanauer Gärtner haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, mit Rücksicht auf den angeblich zu geringen Verdienst auf den Gemüsebau zu verzichten und sich vor allen Dingen auf den Anbau von Kartoffeln zu werfen. Das lohnt sich mehr. Was tut man nicht alles aus Patriotismus! Gerade die Gärtner und Landwirte hätten durch den Ausfall an ausländischem Gemüse alle Ursache, die Gemüseproduktion im Interesse der Bevölkerung zu fördern. Auch der ewige „Preissteigerer“, d. h. die fortwährende Erhöhung der Preise, hat die Produktion noch nicht zu fördern vermocht, weil den Erzeugern die Preise immer noch nicht hoch genug sind.

Genau so geht es mit dem Fleisch. Es kommt einfach kein Vieh nach Hanau. Die Stadt ist deshalb wiederum gezwungen, ausländische Schweine zu jedem Preis aufzukaufen, um nur halbwegs die Ernährung sicherzustellen. Sie muß für das Pfund Schlachtgewicht 2,80 Mark zahlen. Zu diesem Preis soll das Schweinefleisch an die Bevölkerung abgegeben werden; Rindern, Kalb, Koteletts usw. soll 3,20 Mark im Kleinverkauf kosten. Das Fleisch soll lediglich zum Fleischverkauf dienen und nicht zu Wurst verarbeitet werden. Also auch auf diesem Gebiete unheilvolle Preispolitik zum Schaden der konsumierenden Bevölkerung.

Was von der Stadt Hanau hier gesagt wird, gilt natürlich auch in den Landgemeinden. Dort wird von den Gemeindeverwaltungen aber auch rein gar nicht getan. Der ländliche Bevölkerung fehlt auch das Allernotwendigste zur täglichen Ernährung. Die Situation ist wirklich so ernst, daß sich die maßgebenden Kreise doch fragen sollten, daß es endlich am Orte wäre, in dieser außerordentlichen Zeit nun zu außergewöhnlichen Maßnahmen zu greifen. Die Landesregierung der Bevölkerung ist wirklich bewundernswert.

Anmeldung zur Stammtafel im Kreise Höchst.

Der Zivil-Vorsitzende der Ersatz-Kommission, Landrat Maier, erläßt folgende Bekanntmachung:

Für alle Personen, die das 17. Lebensjahr vollendet haben bzw. vollenden, besteht die Verpflichtung zur Anmeldung zur Landsturmrolle mit dem Zeitpunkt des Eintritts in das wehrpflichtige Alter, welches mit dem vollendeten 17. Lebensjahr beginnt.

Besüglich der Meldung dieser Personen bestimme ich, daß sich sofort alle diejenigen zur Landsturmrolle bei den Magistraten und Gemeindevorständen anzumelden haben, die bereits im Monat Januar d. J. das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Für die Folgezeit haben sich in der Zeit vom 1. bis 5. jeden Monats diejenigen, die in dem vorhergehenden Monat 17 Jahre alt geworden sind, zur Stammtafel anzumelden.

Die Magistrats- und Gemeindevorstände ersuche ich, diese Bekanntmachung allmonatlich in verständlicher Weise zu veröffentlichen.

Für die Stadt Höchst a. M. haben die Anmeldungen Wochentags von 9—1 Uhr vormittags auf Zimmer 1 des Rathauses zu erfolgen.

Höchst a. M., 8. März. (Zwei raffinierte Diebinnen) trieben dieser Tage hier ihr Spiel. Die eine Spitzbübchen konnte in der Person der Dienstmagd Marie Konrad aus Frankfurt a. M., 20 Jahre alt, festgenommen werden. Die Genannte hatte gestern Abend ein einkaufendes Kind von der Straße aus mitgenommen, unter der Angabe, daß es Butter und Fett von ihr erhalten könne. In der Humboldtstraße drückte die Person scheinbar auf den Knopf einer Haustür und erludte das Kind ihr einzuweichen den Korb, in welchem das Portemonnaie mit 20 Mark lag, zu überlassen, während das Kind in den 3. Stock gehen sollte, um die Butter zu holen. Das Kind machte den Weg vergeblich und fand bei der Rückkehr weder die Unbekannte, noch das Geld im Korb vor. Das Kind teilte sein Erlebnis einigen hinzukommenden Personen mit. Ein Arbeiter aus Kriftel bemerkte im Bahnhof die von dem Kinde beschriebene Person und hielt sie kurz entlocken fest und benachrichtigte die Polizei, die das Mädchen festnahm. Es stellte sich heraus, die die Diebin bereits am Samstagabend hier eine Gastrolle gab, indem sie auf die gleiche Art einem Kinde in der Königsstrasse 2 Mark stahl. Zwei kleine Portemonnaies sind noch in ihrem Besitz; eines will sie auf die vorbezeichnete Art mit 1 Mark Inhalt bereits vor 2 Wochen einem Kinde abgenommen haben. Da hierüber noch keine Anzeige vorliegt, wird erludt, dies noch nachzuholen. Die Diebin ist schlank und trägt grünes Jacket. Die andere ist eine unbekannte Frau, die sich Weiß nennt und in der Emmerich-Josefstrasse wohnen will; sie erludt vor 2 Tagen bei einer hiesigen Einwohnerin und erzählte, daß ihr Mann im Krankenhaus gestorben sei. Sie selbst sehe im Mai ihrer Niederkunft entgegen und frage, ob sie nicht vom Frauenverein eine Pflegerin erhalten könne, auch könne sie Kleidung und Wasche gebrauchen. Die betr. Dame begab sich auf die Manufaktur, um etwas Wäsche und Kleidung zu kaufen, während welcher Zeit die unbekannte Frau heimlich das Wohnzimmer betrat. Als sie von dem Dienstmädchen bemerkt und befragt wurde, was sie im Zimmer suche, gab sie Unwohlsein und Schwäche vor. Nach ihrem Fortgang bemerkte man, daß aus einer Kassetten im Wohnzimmer ein Portemonnaie mit 4 Mark fehlte. Es kommt diese Unbekannte offenbar als Diebin in Frage. Es ist möglich, daß sie dies Mandat auch an anderen Stellen versucht und wird daher vor ihr gewarnt. Die Frau ist 36—38 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schlank und schlau, dunkelblond; sie trägt dunkle Haare, schwarzgestrichelte Wollhaare, kleine Schürze mit hellen Streifen.

Höchst a. M., 8. März. (Städtischer Fleischverkauf.) Bei der herrschenden Fehlnot hat die Stadtverwaltung beschlossen, den morgigen Donnerstag, an in den städtischen Metzgereien auf jede Fleischsorte zu der festgesetzten Menge noch 1/2 Pfund frischen fetten Speck abzugeben, der sich ausgeglichen an dem Abstraten eignet. Der Verkauf dieses Specks findet nur an den für die Inhaber der Fleischkarte bestimmten Tagen statt.

Königsheim, 8. März. Die Kartoffelbeschlagnahme (a. b. m.) vom 21. Februar in hiesiger Stadt ergab bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von 2074 Personen nur 3350,10 Zentner Kartoffeln, mithin ein unangenehmer Mangel.

Zulbach, 9. März. (Seuche.) Unter dem Rindviehbestande des Landwirts und Gemeindevorstandes Heinrich Christian dahier ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen und Geschädigte angeordnet worden. Der Handel mit Rindvieh und Schweinen ist bis auf weiteres dahier verboten.

Aus dem Taunus, 8. März. (Abholzung von Kastanien.) Die Gemeinde Neuenhain hat einen Teil der schönen Kastanienbäume der dortigen Gemeindehöfe zur Holzgewinnung an ein auswärtiges Holzgeschäft verkauft. Sie erhält für den Zentner Lohr 10 Mark. Auch in Cronberg wurden bereits verschiedene Bäume zu dem gleichen Zweck veräußert. Jetzt macht sich aber gerade in Cronberg, das durch seine Kastanienbäume fast bekannt ist, gegen diese Verkäufe eine gesunde Gegenbewegung bemerkbar. Man weiß mit vollem Recht auf diesen kostbaren Besitz Cronbergs hin und warnt und mahnt die Baumbesitzer, nicht um eines augenblicklichen guten Verdienstes willen die Stadt ihrer schönsten Zierde zu berauben und dadurch ein herrliches Landschaftsbild für alle Zeiten zu zerstören.

Hanau, 9. März. (Die Sitten der Gesellschaft.) Von Genzli (oben) werden als Volksschule die des Ausschusses für Volksvorlesungen nächsten Dienstag Abend 8 Uhr im hiesigen Stadttheater zur Aufführung gelangen. Der Verkauf der Eintrittskarten ist aus dem Interesse unserer heutigen Nummer zu ersuchen.

Hanau, 9. März. (Auch eine verspätete Mahnung.) Nachdem die wohlhabende Bevölkerung mit ungebranntem Kaffee tüchtig eingebeut hat — beim Jüder haben wir dieselbe Wahrnehmung gemacht — darf jetzt auf Veranlassung der Regierung Kaffee an Verbraucher nur in gebrauchtem Zustande verkauft werden. Zuwiderhandlungen werden mit 6 Monaten Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark geahndet. — (Neue Buttersteuerung.) Der Magistrat teilt mit, daß der Höchstpreis für die von der Stadt an hiesige Händler abgegebene ausländische Butter von heute ab 2,90 Mark beträgt. Das ist ein Aufschlag von 10 Pfennig gegen den bisherigen Preis.

Hanau, 9. März. (Höchstpreis für Salatblätter.) Die Preisprüfungsstelle beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, den Preis für Salatblätter von 1 Mark auf 85 Pfennig herabzusetzen und diesen Preis für den Stadtkreis als angemessen gelten zu lassen.

Langenscheidt, 9. März. (Das Ergebnis der Gemeinderatswahl.) Bei schwacher Wahlbeteiligung gingen die hiesigen Gemeinderatswahlen am Dienstag zu Ende. Unsere Genossen besetzten das Bureau. In der dritten Klasse wurden gewählt mit 51 Stimmen Weichhinder Johannes, mit 47 Stimmen Wilhelm Schweinberger und Pfisterer Georg. In der zweiten Klasse wurden mit 66 bzw. 67 Stimmen gewählt Landwirt Friedrich Seifert II und Landwirt Valentin Spohn und in der ersten Klasse mit 17 bzw. 16 Stimmen Schornsteinfeger Adolf Link und Landwirt Wilhelm Scherer.

Wienhausen, 9. März. (Von der Kinderheilstätte.) Der Vorstand gibt bekannt, daß diejenigen Kreisangehörigen, die die Aufnahme eines ihrer Kinder in der Kinderheilstätte bei der Aufnahme wünschen, sich spätestens bis zum 20. März bei ihm oder bei den diesbezüglichen Bürgermeistern des Kreises melden müssen. Aufgenommen werden nur Kinder von 3 bis 14 Jahren. Notwendig ist eine Bescheinigung des Arztes, ferner eine solche des Bürgermeisters über die Vermögensverhältnisse der Eltern. Die sofortige Aufnahme der Kinder erfolgt im Mai.

Dillenburg, 8. März. (Unfall.) Im nahe Dillenburg (Dillfeld) stürzte der 60 Jahre alte Bergmann H. W. in einen 40 Meter tiefen Schacht und verlor bald darauf. — (Sonntagsruhe.) Die hiesige Regenerkennung hat beschlossen, ab 1. April ihre Räder Sonntags zu schließen.

Wiesbaden, 9. März. (Obert Spahr lebt noch.) Von hier aus war vor zwei Tagen die Nachricht verbreitet worden, der bekannte Vorkämpfer des Naturheilverfahrens, Obert Peter Spahr, sei gestorben. Wie sich jetzt herausstellt, hat eine Verwechslung mit dem Obert A. D. Heinrich Spahr (einem Bruder von Peter Spahr) stattgefunden, der im Alter von 73 Jahren in Sonnenberg gestorben ist. Obert A. D. Peter Spahr in Wiesbaden, der am 27. Februar 88 Jahre alt wurde, erkrankte sich nach der besten Gesundheit.

Wiesbaden, 8. März. (Kehrichtabfuhr.) Für den Stadtteil Riedergies wird heute und Mittwoch nicht mehr Kehricht, sondern Samstags abgeholt.

Aus Frankfurt a. M.

Was geht in der Frankfurter Gasanstalt vor?

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben:

In der ehemaligen englischen Gasanstalt, die jetzt ein städtischer gemischt-wirtschaftlicher Betrieb geworden ist, führte bekanntlich Jahrzehnte lang Herr Drory senior das Szepter. Beliebt war er nicht sonderlich, weder bei den Arbeitern, noch bei den Beamten, weil er keinerlei gesellschaftliche Manieren kannte und im Umgang mit Untergebenen eine Verbitterung an den Tag legte, die abstoßend wirkte. Dies führte als alle anderen englischen Herren verstand er es, den schlechtesten Lohn mit allerlei Grobheiten zu würzen und den Arbeitern ihre Abhängigkeit fühlen zu lassen. Bis er eines Tages trotz militärischen Beistandes die Macht seiner Arbeiter zu fühlen bekam. Dann wurde es allmählich besser. Herr Drory hat sich und seinen englischen Freunden viel, viel Geld gemacht. Mit Vergnügen pflegte er, wie heute noch den Arbeitern erinnerlich ist, zu sagen: „Meine Söhne sollen mal meine preussischen Offiziere werden.“ Aber das ist alles schon lange her. Herr Drory sen. hat das Szepter nicht mehr. Ohne besondere Erlaubnis der Portiers darf er, der ehemals Allgewaltige, die Gaswerke nicht betreten. So ändern sich die Zeiten!

Seute scheint sich die Vergangenheit zu wiederholen. Drory sen. ist abgetreten. Dafür ist Drory jun. erschienen. Eine Ovationen zur Naturalisation hat er in der langen Zeit seines Aufenthaltes in Deutschland nicht gefunden. Dafür ist er auch allmählich um seine militärische herumgekommen. Allerdings war er lange in Ruheleben interniert. Aber er hat hohe Gönner gefunden. Man munkelt, sie hätten in Magistrat. Weil angeblich unter den deutschen Beamten keiner ist, der die Gaswerke gut zu leiden verstand, deswegen wurde Herr Drory jun. aus Rußland beurlaubt, und so steht jetzt wieder die ganze Gasversorgung Frankfurts unter der Oberleitung des Herrn Drory jun.

Wir würden gegen die Verwendung eines Engländers in deutschen Betrieben wahrhaftig nichts einzuwenden haben, wenn wir denken viel zu international um uns an solchen Dingen zu stoßen. An nichts ist bekanntlich der Mensch so unähnlich, als an seiner nationalen Abstammung. Aber in diesem Falle sind doch einige kritische Bemerkungen am Platz. Als der Krieg ausbrach, wurden alle Ausländer aus den gemeinnützigen Betrieben entfernt. Italiener, die trotz jahrelanger Beschäftigung im Gaswerk noch nicht einmal der deutschen Sprache mächtig waren, wurden auf Befehl von oben entlassen. Einer von ihnen, der im Osthafen auf einem Bau arbeitete, wurde nach wenigen Stunden Beschäftigung wieder freigegeben, weil ein Kilometer davon der große Gasbehälter stand, für den der Italiener eine Gefahr war. Mit Italien führen wir aber heute noch keinen Krieg.

Augenblicklich ist England der Erbfeind und Englands Söhne sind in den Augen allerdeutlicher und anderer Patrioten die schlechtesten aller Menschen. Was ist das aber für ein Zustand, harmlose Italiener hinauszuwerfen und dafür an die Spitze der Betriebe einen Engländer zu stellen, der zu jeder Tages- und Nachtzeit selbst in die entlegensten Betriebsabteilungen gehen kann? Immer schwärmt man davon, den Arbeitern gemeinnütziger Betriebe das Koalitionsrecht zu nehmen, damit ja nicht einmal durch einen sorgfältig geplanten Streik das Wohl der Allgemeinheit gefährdet werden könnte, und hier wird ausstandslos das Wohl der Allgemeinheit in die Hand eines Ausländers gelegt. Wer die Freilassung des Herrn Dr. Drory jun. erwirkt hat, wissen wir nicht. Jedenfalls aber hat der Magistrat in Aufsichtsrat die Herrschaft und der gegenwärtige Zustand muß ihm doch bekannt sein. Fast anderthalb Jahre ist die Gasanstalt ohne die Anwesenheit der beiden Drorys geleitet worden, soviel wir wissen, auch gut. Um so mehr muß man sich wundern, daß plötzlich wieder Herr Drory auftritt.

Zeit langem schon erkranken die Paternenwörter eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Seit 13. Juni 1915 waren alle Arbeiter auf eine ausreichende Lernerlaubnis. Doch nichts wie Verstrickungen und Verzögerungen. Ist es da ein

Wunder, wenn die Arbeiter nicht mehr vom Durchhalten wissen will?

Die nicht alle Schuld an den bestehenden Verhältnissen dem Herrn Drory und denjenigen Stellen bei, die Herrn Drory herbeigeholt haben. Die Arbeiter fordern deshalb die sofortige Entfernung dieses Herrn aus der Betriebsleitung der Gaswerke. Denn sie ist der Meinung, daß mit dem Verdrängen dieses Herrn wieder geordnete Verhältnisse im Betriebe eintreten und die Forderungen der Arbeiter leichter Anerkennung finden.

Ein tragischer Todesfall. Ein schlimmes Unglück hat hier einen braven Genossen und Arbeiter aus Hannover betroffen. Es ist der Gauweiler Otto Koch vom Verband der Dachbeder, der am Montag mittags hiesig und trotz noch frischer Luft, um hier einen eckigen Hofraum zu betreten. Die folgende Nacht schon brachte ihm das Verhängnis. Ob durch eigenes Versehen, ob durch einen unglücklichen Zufall, konnte bisher nicht festgestellt werden — kurz, am anderen Morgen fand man ihn in seinem Zimmer an einer Gasvergiftung mit dem Tode ringend vor. Zwar konnten die sofort angeordneten Wiederbelebungsversuche Otto Koch noch einige Stunden erhalten, allein diese Nacht verschied er. Koch, dessen eigentliche Heimat Braunschweig ist, stand seit 1907 tätig in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Seit 1900 war er Gauweiler in Braunschweig, wo er auch lange Jahre Reichsausschussvorsitzender, Bezirksvorsitzender und sozialdemokratischer Stadtvorstandsvorsitzender war. Vor drei Jahren wurde er als angestellter Beamter nach Hannover versetzt. Seit Kriegsausbruch stand er als Vizefeldwebel in Hannover; er war speziell zur Vertretung im hiesigen Zentralverband der Dachbeder rekrutiert. Nun mußte ihn der Tod mit so unerwarteter Hand von uns reißen, mitten aus seiner kinderreichen Familie, mitten aus der Arbeiterbewegung, die noch so viel von ihm zu erwarten hatte. Auch die Frankfurter Genossen stehen trauernd an der Totenbahre dieses treuen Kampfgenossen.

Verlässliche Versorgung der Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern. Trotz der langen Dauer des Krieges sind sich sehr ungenügend die Angehörigen von Kriegsteilnehmern über ihre Rechte dem Staat gegenüber immer noch nicht im Klaren. Besonders sind Angehörigen von Kriegsteilnehmern die reichsrechtlichen Unterhaltungen zu gewähren, wenn Bedürftigkeit vorliegt, und letztere liegt vor, wenn der Mann der einzige Ernährer war, oder die Ehefrau nicht mehr den genügenden Unterhalt für sich und ihre Familie erwerben kann. Die Unterhaltung wird aber nicht nur in der geleistet, sondern das Reich kommt außerdem auch für die ärztliche Versorgung der Familien von Kriegsteilnehmern auf. Dies bezeugen im Auftrag des Reiches die sogenannten Versorgungsverbände, hier in Frankfurt also die Kriegsversorgung. Diese kommt nun ihrer Verpflichtung in dieser Beziehung bereit nach, daß sie für die Kriegsfamilien, die schon bei einer Krankenfalle versichert sind, zur Aufrechterhaltung dieser Versorgung die Beiträge weiterbezahlt. Die Kriegsversorgung hat aber außerdem für die Familien solcher Kriegsteilnehmer, die ihre Familien bei keiner Kasse versichert hatten, die ärztliche Versorgung dadurch sichergestellt, daß sie mit dem hiesigen Versorgungsverband ein Abkommen getroffen hat, und selbst die Kosten für die ärztliche Behandlung und Kosten für familiäre Familienmitglieder übernimmt. Im Krankheitsfalle muß nur von der zuständigen Gesundheitsstelle der Kriegsversorgung für den Arzt ein Bescheinigung verlangt werden, der in jedem Falle dem Arzt zu übergeben ist, der Arzt übernimmt dann die Behandlung auf Kosten der Kriegsversorgung. Auf solche Weise ist also die unentgeltliche ärztliche Behandlung auch für solche Familien, die einer Krankenkasse oder einem Sanitätsverein nicht angehören, sichergestellt, so daß eine besondere Versicherung über gar die Krankenversicherung des Arztes nicht erforderlich ist.

Die Kassen wieder da! Am 17. Januar gab der Volkspräsident bekannt, daß dem Händler Markus Wolfshäl hier auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Fernhaltung ungenügender Personen vom Handel der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, sowie sonstige mittelbare oder unmittelbare Beförderung an einem solchen Handel verboten worden sei, weil er 445 für 1.25 Mark ankaufte und im Großhandel für 1.70 bis 1.80 Mark weiterverkauft habe. Jetzt kam das gerichtliche Nachspiel. Wolfshäl hatte sich an den Strafamt zu veranlassen, weil er an dem Tage einen übermäßigen Gewinn gehabt habe. Es handelte sich um Gewürzkräuter, den der Angeklagte allerdings mit einem Nutzen von 50 Pfennig am Stück (1.70 gegen 1.20 Mark) an Detailgeschäfte weiterverkauft hatte. Er wendete ein, daß trotz dem von einem übermäßigen Gewinn keine Rede sein könne. Der Gerichtshof sei außerordentlich leicht dem Verdorben ausgelegt und verurteile vielfach schon auf der Bohnenfahrt. Während aber in Friedenszeiten die Mollerei die verdorbenen Waren zurückgenommen habe, heute sei es nicht anders. Andererseits werde ihm der verdorbene Kräfte von den Geschäften, an die er lieferte, zurückgegeben, und er habe den Schaden. So komme es, daß er gerade an diesem Gewürzkräuter wenig oder nichts verdient. Diese Angaben erwiesen sich als wahr, so daß der Staatsanwalt selbst Freisprechung beantragte. Wegen Nichtanmeldung seines Geschäfts als Großhandlung bei der Preisprüfungsstelle wurde Wolfshäl zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Erwacht mag noch werden, daß die Feinerkeit von dem Rechtsbeistand des Wolfshäl, Dr. Julius Jösel, beim Regierungspräsidenten mit denselben Einwendungen erhobene Beschwerde gegen die polizeiliche Maßregel erfolglos geblieben ist.

Ein schöner Zug. Ein Landsturmman, der in einer Nachbarschaft Dienst tat, hatte 10 Mark, für die er einem hiesigen Wirt überflüssig aus seinem Standort mitbringen sollte, in der Not für seine Familie verwandt. Der Wirt stellte Strafantrag, und gegen den Landsturmman wurde ein Verfahren wegen Unterschlagung anhängig gemacht. Das kam zur Kenntnis seines Hauptmanns, und dieser Vater der Kompanie sagte: „Landsturmman, Sie sind sonst ein braver Mensch, wegen der launigen 10 Mark sollen Sie nicht ins Gefängnis kommen.“ Sprachs und schickte dem Frankfurter Wirt die 10 Mark aus seiner Tasche. Das war ein schöner Zug vom Herrn Hauptmann. Die Sache war aber nun einmal im Rollen und konnte nur aufgehoben werden, wenn der Wirt den Strafantrag zurücknahm. Dazu riefen am Schöffengericht Nachbender und Staatsanwalt. Aber dem Antragsteller werden, wenn er den Strafantrag zurückzieht, die Kosten des Verfahrens auferlegt, und die belien sich auf 27.50 Mark. Der Landsturmman verzichtete hoch und heilig, er werde dem Wirt Ersatz leisten. Der Wirt traut nicht und sagte nein. Da griff ein im Saal anwesender bekannter hiesiger Tierarzt in die Tasche und legte die 27.50 Mark auf den Tisch des Hauses. Das war ein schöner Zug vom Herrn Tierarzt. Der Landsturmman aber lehnte ohne den Rat einer Bestrafung wegen Eigentumsvergehens zu seinem Hauptmann zurück.

Ein lehrreicher Vollenlauf. Zwei Bullen, die in Großbierau gelebt und gewirkt hatten, sollten den Weg alles Fleisches gehen. Der Bürgermeister von Großbierau schrieb eine öffentliche Versteigerung aus, und er hatte die Freude, 22 Viehhändler dazu versammelt zu haben. Die werden sich sagen: zu Tode gehen, dachte er; denn es gibt doch eben gar kein Vieh. Im Gasse sah er schon die von ihm angebotene Rinderherde von 1800 Mark weit überboten. Aber er erlebte eine grausame Enttäuschung. 1750 Mark lautete das letzte Gebot, und dann schrien die Händler in allen Sprachen. Der Bürgermeister wollte dazu nicht aufpassen, und die Bullen wanderten wieder in den Gemeindefall. Mehrere Tage war dann weit und breit kein Viehhändler zu sehen, bis endlich einer von den 22 der Händler Wolf Wolf von Großbierau, kam und 1800 Mark bot. Schnell schlug der Bürgermeister zu, und die Bullen wanderten nach Frankfurt, wo einem Rehger 2600 Mark dafür angeboten wurden. Der Rehger erkaufte sie schließlich für 2075 Mark, so daß die Speise hoch — mit 75 Mark — berechnet, 500 Mark glatt verdient waren. Die 500 Mark gingen allerdings in 22 Teile; denn die Händler hatten einen Ring gebildet, Ruppe gemacht. In diese merkwürdige Art von „Syndizierung des Viehhandels“ an sich war frag-

lich natürlich nicht heranzukommen; wohl aber war der Staatsanwalt der Meinung, daß der Gewinn von 500 Mark nicht recht in Einklang zu bringen sei mit der Verordnung über den Nahrungs-mittelverkehr. Deshalb mußte Herr Wolf vor der hiesigen Strafkammer erscheinen. Die Verhandlung spielte sich wieder auf die Frage zu: Ist bei der Feststellung übermäßigen Gewinns die Spannung zwischen Einkaufspreis und Verkaufspreis maßgebend oder die Marktlage? Tatsächlich entsprachen die 2375 Mark dem Marktpreis. Der Vorhändler präziserte den Standpunkt der Angeklagte dahin: Durch das Gesetz solle unverhältnismäßig hoher Gewinn an Gegenständen des täglichen Bedarfs verhindert werden. Habe ein Kaufmann billig eingekauft, so daß ein unverhältnismäßig hoher Gewinn herauskäme, wenn er sich beim Verkauf an den Marktpreis hält, dann müsse er eben unter dem Marktpreis verkaufen. Das Gericht machte sich diesen Standpunkt zu eigen und kam dementsprechend zur Verurteilung des Angeklagten. Weil er den Gewinn mit 21 anderen habe teilen müssen, erweise eine Geldstrafe von 150 Mark ausreichte.

Milchfälschungen. Die Kühe des Landwirts Johann Dörst in Biedersheim lieferten erfolgreich mit anderen Kühen in der Lieferung guter Milch. Sie geben eine Milch mit 4.3 Prozent Fettgehalt her, oder in der Menge weniger wie sonst, wie es die anderen Kühe auch machen. Ein Ausgleich ist dadurch geschaffen, daß die Milch jetzt erheblich mehr kostet als früher. Herr Dörst aber schuf noch einen besonderen Ausgleich. Er sagte sich: Die Milch ist viel zu fett für die Frankfurter, deshalb nehme ich ein Teilchen des Rahms ab; sie ist auch zu wenig, deshalb streife ich sie mit 20 Prozent Wasser! Diese Manipulation trug dem Landwirt am Schöffengericht 50 Mark Geldstrafe ein, wobei das Alter und die hiesige Unerschlossenheit strafmildernd berücksichtigt wurden. — Ebenfalls zu 50 Mark Geldstrafe wurde der Milchhändler Martin Grimmer verurteilt, weil er Vollmilch mit Magermilch vermischt und das Gemisch als Vollmilch verkauft hat.

Neues aus aller Welt.

Wegen vorläufigen Mordes verurteilt das Kriegsgericht in Köln den 36 Jahre alten Bergarbeiter van Geelen aus Haarlem (Holland) zum Tode. Er hatte am 7. Februar in einem Walde in der Nähe von Köln einen Arbeiter durch Dolchschläge ermordet.

Telegramme.

Opfer des Luftangriffs.

London, 9. März. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuters Bureau. Fünf weitere Opfer des letzten Luftangriffs sind ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der bis jetzt festgestellten Verletzten beträgt 52.

Friedensstreben in Schweden.

Stockholm, 9. März. (W. B. Nichtamtlich.) Von zwei Mitgliedern der äußersten Linken ist in beiden Kammern ein Antrag eingereicht worden, daß der Reichstag die Regierung ersuchen solle, die Möglichkeit zu erwägen, durch eine Initiative der skandinavischen Staaten oder Schwedens allein eine Friedenskonferenz der neutralen Staaten zusammenzubringen, um einen dauerhaften Frieden herzustellen. Der erste Kammer hat den Antrag nach einer Erörterung abgelehnt, wobei der Führer der Konservativen, Trygger, erklärte, eine solche Konferenz sei eher schädlich als nützlich. Sie könnte den Wunsch aller Schweden, sobald als möglich besonders unter schwedischer Mitwirkung einen Frieden herbeizuführen, gefährden, wenn nicht unmöglich machen.

Englische Truistwürde in Dänemark?

Stockholm, 9. März. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Telegram-Bureau. Der berühmte schwedische Künstler Bruno Liljefors meldet der schwedischen Regierung, daß drei ihm gehörende von ihm gemalte Gemälde, die auf der schwedischen Kunstausstellung in San Francisco ausgestellt worden waren, auf der Rückkehr in Kopenhagen aufgehalten und von dort nicht weiterbefördert werden würden, wenn der Künstler nicht eine Erklärung unterzeichne, die Gemälde würden von Schweden nicht „in irgend einer Form“ nach einer mit den Alliierten kriegführenden Macht ausgeführt werden. Liljefors weigert sich, diese Erklärung zu unterzeichnen und erludt die Regierung um Maßnahmen, durch die er in den Besitz seines Eigentums kommt.

Cadornas Schnee- und Lawinenbericht.

Rom, 9. März. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom Witterungsamt. Aus einigen Abschnitten der Gebirgszone meldet man große Tätigkeit unserer Patrouillen, obgleich der jüngst gefallene Schnee an einzelnen Stellen 5 Meter hoch ist und zahlreiche Lawinen in die Täler stürzen. Auf der Montefront dauert die lebhafteste Artillerietätigkeit an, die oft durch Nebel und andauernde Regenfälle unterbrochen wird. (agg.): Cadorna.

Wiesbadener Theater.

Neubau-Theater.

Donnerstag, 9. März, 8 Uhr: „Sturmhauf“. Volksspielstellung!
Freitag, 10. März, 7 Uhr: „Frieden im Krieg“. Gastspiel Ragimua Reno, Franziska Reno, Hilbert und Otto Orlbert.
Sonntag, 11. März, 7 Uhr: „Frieden im Krieg“. Gastspiel Ragimua Reno, Franziska Reno, Hilbert und Otto Orlbert.
Sonntag, 12. März, 14 Uhr: „Die einsamen Brüder“. Salke Pr.
— 7 Uhr: „Die Liebesinsel“. Renkel!

Königliches Theater.

Donnerstag, 9. März, 7 Uhr: V. Symphoniekonzert.
Freitag, 10. März, 7 Uhr: „Ariadne auf Naxos“.
Sonntag, 11. März, 7 Uhr: „Volkenblut“.
Sonntag, 12. März, 6½ Uhr: „Die Hugenotten“.
Montag, 13. März, 7 Uhr: „Die Helden auf Helgoland“.

In keiner Arbeiterfamilie darf die Volksstimme fehlen!

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren
Große Auswahl. Billige Preise.
Karl Sommer, Kürschner,
41 Wallrützstrasse 41.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

In Freien Stunden
Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
Buchhandlung Volksstimme